

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	17. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	24. November 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

21.

Punkt 18 der Tagesordnung: Grundsatzbeschluss zur Beteiligung an bzw. zum Erwerb von Windpark-Projektgesellschaften (GmbH & Co. KGs)

Vorlage: 2015/0529

dazu:

Anfrage der Stadträte Friedemann Kalmbach und Eduardo Mossuto (GfK) vom 23. November 2015

Vorlage: 2015/0703

Beschluss:

1. Der Gemeinderat nimmt von den Ausführungen Kenntnis.
2. Der Gemeinderat stimmt der unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung der SWK – Stadtwerke Karlsruhe GmbH an entsprechenden Windpark-Projektgesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co. KG zu. Diese Zustimmung ist zeitlich auf den 31.12.2017 und betragsmäßig auf eine Investitionssumme von 40 Mio. Euro bei einem Eigenkapitaleinsatz von maximal 10 Mio. Euro beschränkt. Sie erlischt spätestens dann, wenn das Ausbauziel für Windkraftanlagen von 50 MW erreicht ist.
3. Die Geschäftsführung der SWK ist verpflichtet, nach jedem Erwerb das Bürgermeisteramt der Stadt Karlsruhe unverzüglich zu unterrichten. Dieses unterrichtet dann den Gemeinderat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 18 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss:

Da gibt es eine Anfrage der GfK. Da müssten Sie die Stellungnahme auch zwischenzeitlich erhalten haben. Es gibt eine Wortmeldung. - Herr Stadtrat Dr. Schmidt.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Ich habe das Ganze schon in meiner Haushaltsrede thematisiert und als wir es das letzte Mal beschlossen haben. Ich brauche nicht alles zu

wiederholen. Ich möchte noch eine Sache sagen, die ich dazu noch nicht gesagt habe. Im Moment werden in Baden-Württemberg ein Drittel des verbrauchten Stroms aus Kernenergie geliefert. KKP 2 und GKN 2 liefern nach wie vor ein Drittel des hier verbrauchten Stroms. Aber nicht mehr lange. Spätestens 2019 wird KKP 2 abgeschaltet sein. Das ist der Garant für die Stabilität der Stromversorgung hier in unserem Bereich von Baden-Württemberg. Sie wissen vielleicht, dass Grafenrheinfeld, das auf der anderen Seite von Baden-Württemberg liegt, dieses Jahr im Mai oder ein paar Wochen später, abgeschaltet wurde. Es wird immer weniger, was hier an Grundlast zur Verfügung steht. Vor diesem Hintergrund halte ich es für falsch, dass die Stadtwerke in Windkraftanlagen sonst wo investieren, wo jeder weiß, dass Windkraft nur dann geliefert wird, wenn der Wind auch weht. Es gibt auch eine Studie, an die ich noch einmal erinnern möchte, von unserem grünen Landesumweltministerium vom letzten Jahr, in der aufgezeigt wird, dass irgendwann zwischen 2018 und 2021 in unserem Bereich mit Stromausfällen zu rechnen ist. Deswegen ist es dringend erforderlich, dass dieses Geld eben nicht in irgendwelche Windkraftanlagen investiert wird, sondern in Maßnahmen, die hier wirklich die Versorgungssicherheit gewährleisten. Darauf sind die Bürger angewiesen. Deswegen werden wir dagegen stimmen.

Stadtrat Dr. Fischer (KULT): Da muss jetzt mal eine Gegenrede geführt werden, weil mir es einfach aus den Senkel geht, dass das hier immer wieder so dargestellt wird. Die Stabilität des Stromversorgungssystems in Baden-Württemberg wird auch in zehn Jahren gesichert sein, allein schon weil wir Kohlekraftwerke haben. Selbst wenn Sie nicht an erneuerbare Energien glauben, haben wir entsprechende Leistungen. Dazu gibt es Gaskraftwerke, die in der ganzen Bundesrepublik abgeschaltet stehen, weil sie unwirtschaftlich sind, u. a. in Karlsruhe. Deswegen finde ich es unverantwortlich, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, wenn die Atomenergie ausläuft, haben wir hier in Baden-Württemberg ein Problem. So etwas geht gar nicht.

Der zweite Punkt ist, das muss einmal als Gegenantwort gesagt werden, bei Windenergie haben wir nachher keine Entsorgungsprobleme, aber sehr wohl bei dieser Energie, die jetzt Gott sei Dank in Deutschland ausläuft.

Der Vorsitzende: Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Stadtwerke nicht für die Stabilität des Stromnetzes verantwortlich sind, damit das an der Stelle jetzt nicht überzogen wird.

Damit ist die Aussprache erfolgt. Ich bitte um die Kartenzeichen. - Bei 3 Gegenstimmen mit großer Mehrheit angenommen.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
14. Dezember 2015